

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

10. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Derwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Die halbe Million überschritten!

Auch der Dienstag war gut. - 122 425 Eintragungen.

Der Ansturm auf die Eintragungsstellen zum Volksbegehren dauert fort. Am gestrigen Dienstag waren in Berlin die Eintragungen fast so zahlreich, wie am Montag. Der Montag hatte 129 508 Eintragungen gebracht, am Dienstag kamen weitere 122 425 Eintragungen hinzu. Auch einige Bezirke, die sonst als Domänen der Schwarz-Weiß-Roten bekannt sind, fangen jetzt an, bessere Ergebnisse zu liefern. Wilmersdorf und Steglitz brachten am Dienstag höhere Zahlen als am Montag. Von den Bezirken mit vorwiegend linksgerichteter Bevölkerung war Lichtenberg bisher auffällig zurückgeblieben. Auch dort ist am Dienstag beachtenswerter Zuwachs erreicht worden. Die Gesamtzahl der Eintragungen in ganz Berlin hat jetzt für die bisherigen sechs Tage mit 558 959 bereits die halbe Million überschritten.

Eingetragen wurden am Montag und am Dienstag (in Klammern die Summen aus den sechs Tagen)

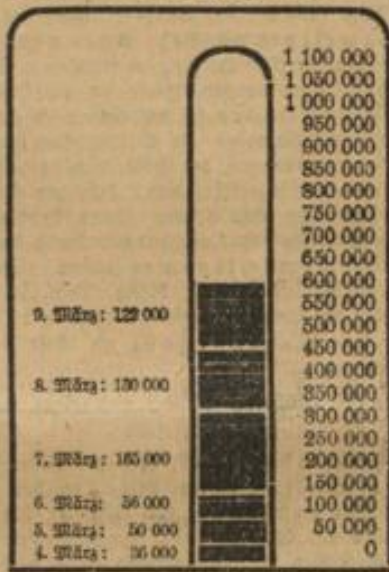
in den Verwaltungsbezirken		
Mitte	7568	7629 (35 703)
Liergarten	7383	7154 (33 592)
Wedding	17 390	15 010 (71 295)
Frenzlauer Berg	13 546	12 092 (57 095)
Friedrichshagen	14 975	13 787 (63 302)
Kreuzberg	14 307	13 321 (63 508)
Charlottenburg	6205	6438 (27 790)
Spandau	3544	3421 (14 369)
Wilmersdorf	3075	2217 (9906)
Jehndorf	357	333 (1513)
Schöneberg	4559	4260 (21 853)
Steglitz	1951	2156 (8692)
Tempelhofer	1774	1810 (7453)
Neukölln	12 590	12 067 (57 005)
Treptow	4619	4008 (18 029)
Köpenick	2665	2179 (10 634)

Lichtenberg	6204	7260 (25 146)
Wilmersdorf	1926	1864 (7410)
Pankow	2481	2379 (10 774)
Reinickendorf	3441	3040 (13 716)
in ganz Berlin	129 508	122 425 (558 959)

Zunahme in Breslau auch am Dienstag!

Breslau, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Durchschnittsziffer der Eintragungen für das Volksbegehren steigt in Breslau noch immer. Am Dienstag haben sich fast 12 000 Personen in der Stadt eintragen lassen, abermals 1200 mehr als am vorhergehenden Rekordtage. Die Gesamtzahl der Unterschriften betrug bis Dienstagabend 44 400.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Gewerkschaften und Arbeitszeitabkommen.

Die Spitzenverbände bei Brauns. - Keine Einigung der Vorschriften von Washington.

Heute morgen fand eine Aussprache der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichsarbeitsminister statt, um diesem vor seiner Abreise zu der Londoner Ministerbesprechung über das Washingtoner Abkommen noch einmal die Auffassungen der Gewerkschaften zur Arbeitszeitfrage wie zum Washingtoner Abkommen vorzutragen.

Leipart erklärte, daß die deutschen Gewerkschaften, obwohl sie am Abkommen nicht mitwirken konnten, erschließen die Ratifizierung verlangen. Aber die Vorschriften des Washingtoner Abkommens dürften für die gewerkschaftliche Arbeitszeitregelung in den einzelnen Ländern nur als Minimalvorschriften gelten. Der Zweck der Londoner Konferenz, eine einheitliche Auslegung einzelner Vorschriften zu finden, dürfe nicht zu einer Abschwächung des Washingtoner Abkommens führen.

Der Reichsarbeitsminister erwiderte, daß er mit der festen Absicht nach London gehe, eine Grundlage für eine Ratifizierung durch alle Industriestaaten zu schaffen. Gerade weil die Arbeitszeitfrage in Deutschland der gewerkschaftlichen Lösung entgegenstehe und ein dahinzuleitender Entwurf bereits dem Rechtsausschuß vorliege, seien wir interessiert, daß gleiches auch im Ausland geschehe. Schwierigkeiten bereite, daß die Vorschriften des Washingtoner Abkommens angesichts der Verschiedenheit in den einzelnen Ländern zum Teil sehr eng seien.

So ergebe die völlig verschiedene Behandlung des Sonntags Schwierigkeiten bezüglich der Bemessung der Arbeitswoche. Während England den Sonntag unter Stilllegung des Verkehrs und der Vergnügungstätten puritanisch feiert und Deutschland den Verkehr verläßt, um vermehrte Gelegenheit zur Erholung zu bieten, ist in den romanischen Ländern die Sonntagsarbeit noch stark verbreitet. Große Unterschiede bestehen für bestimmte Saisonberufe, bezüglich der Familienmitglieder und dergleichen. Zu enge Bestimmungen gefährden daher die Durchführung des Washingtoner Abkommens.

Nach längerer Aussprache wurde betont, daß die Gewerkschaften sich entschieden gegen Einengungen der Auslegungen wenden müßten.

Der Reichsarbeitsminister Brauns hat heute auch Vertreter der Presse über die Aufgaben der am Montag in London beginnenden Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens Mitteilungen gemacht. In seiner Darstellung ging er auf die Bedeutung des Washingtoner Abkommens ein und begründete dann im einzelnen die Notwendigkeit einer vorherigen Verständigung über seine Auslegung des Washingtoner Abkommens vor einer gemeinsamen Ratifizierung. Die Rede des Reichsarbeitsministers kann gerade nicht als eine begeisterte Hymne für eine Ratifizierung des Abkommens angesehen werden. An Hand einzelner Beispiele versuchte der Reichsarbeits-

minister den Nachweis zu führen, daß eine schablonenhafte Gleichstellung der einzelnen Länder von Deutschland abgelehnt werden muß.

Das ist eine sehr dunkle Redewendung, die nicht klarer wird durch die Beispiele, womit Herr Brauns die Unmöglichkeit einer „schablonenhaften“ Gleichstellung zu begründen versuchte. Die Formulierung des Washingtoner Abkommens läßt einen so großen Spielraum, daß von einem schematischen Achtstundentag überhaupt nicht gesprochen werden kann. Deshalb besteht die entscheidende Aufgabe bei der Schaffung des deutschen Arbeitszeitgesetzes darin, diese Lücken auszufüllen. Bei ernstem Willen ist eine Verständigung über die Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die 48-Stundenwoche, über die kontinuierlichen Betriebe, und was unter Saisonarbeit zu verstehen ist, zu erreichen. Daß Deutschland bei der Ausarbeitung des Washingtoner Abkommens nicht beteiligt war, darf kein Grund sein, hier besondere Mängel im Washingtoner Abkommen zu sehen, die nunmehr durch eine vordringende Interpretation auszugleichen sind.

Das Ziel der Londoner Konferenz kann überhaupt nicht darin bestehen, wie es Herr Brauns formulierte, eine „Interpretation“ zu finden, die Deutschland die Ratifizierung ermöglicht. Die Auslegung des Washingtoner Abkommens ist nicht Sache der Konferenz der Arbeitsminister. Ihre Aufgabe muß darin bestehen, alles zu tun, damit das Washingtoner Abkommen bald von den beteiligten Ländern ratifiziert wird. Für die Auslegung des Washingtoner Abkommens steht der 13. Teil des Versailler Friedensvertrages genug Instanzen vor, denen es vorbehalten bleiben muß, die Entscheidung über die Auslegung zu treffen. Das ist der Verwaltungsrat, nötigenfalls eine Untersuchungskommission und zuletzt der ständige internationale Gerichtshof des Völkerbundes.

Wir müssen vom deutschen Reichsarbeitsminister erwarten, daß er der gemeinsamen Ratifizierung keine Schwierigkeiten bereitet, sondern sich mit Entschiedenheit für eine baldige Ratifizierung einsetzt.

Die Frankenfälschung.

Fast 7000 weitere Scheine im Wagnis für die Staatsanwaltschaft hinterlegt.

Budapest, 10. März. (WB.) Der Präsident der Staatsanwaltschaft Dr. Sztrache erhielt Dienstag vormittags ein anonymes Schreiben des Inhalts, die von den Franzosen gestohlenen restlichen Tausendfranknoten befänden sich in einem Koffer in der Gepäckaufbewahrung des Westbahnhofes. Dem Brief lag ein Gepäckschein bei. Sztrache verständigte die französischen Beamten, während sich zwei Staatsanwälte zum Westbahnhof begaben, wo sie den Koffer übernahmen. Seine Doffnung förderte ein Zeitungspatet mit drei großen Bündeln sortierter falscher Tausendfranknoten zutage, insgesamt 6674 Stück. Es wurde festgestellt, daß der Koffer erst vor drei Tagen im Westbahnhof hinterlegt worden war.

Abdecker und Fürsten.

Ein Präzedenzfall für entschädigungslose Enteignung.

Von Dr. Ludwig Bendig, Berlin.

Die Fürstenabfindung wird von vielen Zögernden oder Ablehnenden als ein gänzlich Neues empfunden, als der erste Schritt auf einem Wege, der zur Enteignung vieler anderer Mächthaber, der Kirche, der Latifundienbesitzer, Großindustriellen usw. führt und in dieser Richtung bei den Bedröhten und ihren Vertretern eine leise Befürchtung im innern und eine laute Entrüstung nach außen hervorruft. Menschliches, allzu Menschliches!

Da ist es denn merkwürdig und kein Scherz, festzustellen, daß auf dem Gebiete des Abdeckerwesens bereits im Jahre 1920 ein ähnlicher Fall vorgekommen ist, der sich dadurch auszeichnet, daß die Parteien, die jetzt die lautesten Rufe im Streite gegen die Enteignung der Fürsten stellen, die Antragsteller und Befürworter der Enteignung privilegierter Abdeckerbesitzer gewesen sind. Die Unterschiede und Gleichartigkeiten beider Fälle sind zu lehrreich, als daß sie nicht eine genauere Darstellung des etwas entlegenen Gebietes rechtfertigten.

Nach der Drucksache Nr. 2564 der deutschen Nationalversammlung hat der Ausschuß für Volkswohlfahrt ohne Rücksprache den Artikel 1 der Verordnung betr. Vergütung für die an Abdeckerereien abzuliefernden Tiere, Tierkörper und Tierkörperreste vom 4. Mai 1920 (RGBl. S. 891) auf dem damals nicht ungewöhnlichen Wege vereinfachter Gesetzgebung angenommen:

„Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden werden ermächtigt, die Zahlung von Vergütungen für die an Abdeckerereien zur Ablieferung gelangenden Tiere, Tierkörper und Tierkörperreste vorzuschreiben, die Höhe dieser Vergütungen festzusetzen und das Streitverfahren hinsichtlich dieser Vergütungen zu regeln.“

Zum Verständnis dieser Vorschrift muß bemerkt werden, daß die privilegierten Abdeckerbesitzer das Recht hatten, die Ueberlieferung der gefallenen und „inkurablen“ Tiere, wie es in den Verteilungsurkunden aus dem 18. Jahrhundert (!) heißt, ohne oder gegen eine triftige Vergütung in ihrem Bezirke zu verlangen, und daß diese Privilegien nicht bloß veterinärpolizeilichen Zwecken, sondern auch den Zwecken dienten, den sie vererbenden Landesherren für ihre Jagden Tierkadaver oder inkurabile Tiere zu liefern, mit denen der Abdeckerbesitzer die sogenannten Wolfsgruben zum Anlocken der jagdbaren Tiere unentgeltlich zu füllen hatte. Danach handelte es sich also zugleich um ein soziales indirektes Privilegium der Fürsten, das freilich inzwischen gegenstandslos geworden ist, weil die Jagd mittels tiergefüllter Wolfsgruben nicht mehr betrieben wird.

Die Inflationswirtschaft hatte offenbar den Sachwert der gefallenen Tiere und ihrer Häute so gesteigert, daß die als ablieferungspflichtige Tierhalter in erster Linie in Betracht kommenden Großgrundbesitzer, Parlamentarier gegen die unentgeltliche Ablieferung ihre Parteien mobil machten.

Die Verhandlungen des landwirtschaftlichen Ausschusses in der Drucksache Nr. 2443 der verfassunggebenden preussischen Nationalversammlung gestatteten eine tieferen Einblick in die geheimen Bewegungskräfte, weil sich die Parteien mit dem Antrag der SPD. auf entschädigungslose Aufhebung der Abdeckerprivilegien auseinandersetzen mußten. Nach der amtlichen Erklärung des Regierungsvertreters Dr. Hellwig ist das Ablösungskapital im Jahre 1902 auf acht Millionen Mark berechnet worden, er schätze jetzt den doppelten Betrag. Das war allen bürgerlichen Parteien, die einmütig die Beseitigung der Abdeckerprivilegien ohne Entschädigung wollten, aber dies nicht auszusprechen, geschweige denn anzuerkennen wagten, den ohnmächtigen und unterdrückten Abdeckerbesitzern gegenüber zu viel. Die Frage war also, wie ist dieses Ziel praktisch zu erreichen, ohne theoretisch und grundsätzlich das Privateigentum der Abdeckerprivilegien zu verletzen.

Der Antrag der Deutschnationalen Hammer, Witt und Genossen - Drucksache Nr. 1406 -

„Die Staatsregierung zu eruchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Abdeckerbesitzer, auch die, welche sich auf Privilegien stützen, angehalten werden, den Tierhalter für gefallene und unheilbare, den Abdeckerereien zur Verwertung zu überlassende Tiere angemessene Entschädigung zu gewähren, und durch den die Festlegung dieser Entschädigung in Landkreisen den Kreisauausschüssen, in Stadtkreisen den städtischen Körperschaften übertragen wird“ wies den Weg ins grundsätzlich verbotene Land der entschädigungslosen Enteignung.

Dieser Antrag Hammer, Witt und Genossen wurde einstimmig angenommen, nachdem der Antrag der SPD. auf entschädigungslose Aufhebung der Abdeckerprivilegien abgelehnt worden war.

Das Reichsgericht (5. Zivilsenat, Urteil vom 8. Dezember 1923, Bd. 107, S. 378) hatte sich natürlich alsbald mit dem vom Standpunkt des privilegierten Abdeckerbesitzers gegen den Artikel 153, Absatz 2 Reichsverfassung verstößenden Verordnung vom 4. Mai 1920 zu befassen und erklärte sie, die ja nur gegen früher vielfach aus dem Scharflichterstande hervorgehende Abdeckerbesitzer, nicht gegen einen thüringischen Fürsten entschädigungslos Enteignung für zulässig erklärte, für nicht verfassungswidrig. Aus der Begründung des Urteils interessieren hier folgende Stellen:

Diese (die Begründung der Verordnung) ergibt vielmehr, daß den Wünschen abgeholfen werden sollte, welche sich u. a. daraus ergeben hätten, daß den privilegierten Abbederern Häute kostenlos übereignet werden müßten: Es war also nicht nur eine Anpassung oder Umwandlung der den Abbedern bereits obliegenden Leistungen, sondern die Neubegründung einer Verpflichtung zur Zahlung von Vergütungen durch diese beabsichtigt.

„Daß die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit geschah, ist bereits in der oben wiedergegebenen Begründung der Verordnung („im allgemeinen Interesse und insbesondere im Interesse einer möglichst umfassenden unschädlichen Beseitigung der Kadaver“, d. h. zur Vermeidung von Seuchengefahr im allgemeinen gesundheitlichen Interesse) dargelegt. Sie geschah auf gesetzlicher Grundlage, nämlich durch diese Verordnung. Eine Entschädigung der Abbeder ist dabei nicht vorgesehen. Das steht aber ihrer Zulässigkeit (sic!) nicht entgegen, da „ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt.“ (Art. 153 Abs. 2 Satz 2 der Reichsverf.)

„Daß sie (die Verordnung vom 4. Mai 1920) nicht ausdrücklich betont, eine Entschädigung werde den Abbedern nicht bezahlt, steht dem nicht entgegen. Es ergab sich dies aus der Natur der Regelung — Aufhebung oder doch Beschränkung des bisherigen Rechts auf unentgeltliche Ueberreignung und Begründung der Pflicht zur Gewährung einer Vergütung — schon ohne weiteres aus der „entgegengelegten Vorchrift“, die ihnen die Vergütungspflicht auferlegte, ohne von einer Entschädigung etwa durch das Reich oder den Staat etwas zu sagen.“

„Die Verordnung bekennt sich also ganz deutlich dazu, daß die zwangsweise Enteignung des bisherigen Rechts der privilegierten Abbeder ohne Entschädigung erfolge. Damit ist den Änderungen des Art. 153 der Reichsverf. genügt.“

Der Gedanke, daß der Gleichheitsgrundsatz des Artikels 139 Reichsverfassung verletzt sein könnte, ist dem Reichsgericht nicht gekommen. Dieser Gedanke wird ihm erst einfallen, wenn es, was ja auf alle Fälle verhütet werden wird, über die Enteignung der Fürsten zu entscheiden hätte.

Die bürgerlichen Parteien scheuen sich nicht, in etwas schamhafter Form, Privilegien, also offenbare Privatrechte, entschädigungslos zu enteignen, wenn sie und die ihnen nahe stehenden Schichten dadurch Vorteile erlangen, die nach ihrer Behauptung und der Anerkennung des Reichsgerichts im allgemeinen Interesse liegen. Bei der Fürstenabfindung kann das allgemeine Interesse des ganzen, durch die Schuld der Fürsten, insbesondere der Hohenzollern, ins Unglück gestürzten Volkes füglich nicht bestritten werden. Der Unterschied beider Fälle besteht nur in folgendem:

Im dem hier erörterten Falle handelt es sich um Vorteile einzelner Bevölkerungsschichten, insbesondere der Landwirtschaft, bei der Fürstenabfindung um das wirklich allgemeine Interesse des ganzen Volkes. Und dann sind es dort ohnmächtige, nach ihrem Gewerbe nicht besonders geschulte Personen, die in ihrer Bereinzelnung keinen Anhang haben und keinerlei Unterstützung finden, auch nicht bei den in ihrem Falle gegen sie interessierten fanatischen Beteiligern des Privateigentums. Im Falle der Fürstenenteignung sind die zu Enteignenden mächtige Herren mit ungeheurem Besitz und entsprechendem Anhang, der an der Fortdauer dieses Besitzes ein eigenes großes Interesse jedenfalls an seiner Enteignung keinerlei Interesse hat. Er sollte endlich diesen klaren Sachverhalt offen zugeben, anstatt die großen Worte und schönen Grundsätze von der Heiligkeit des Privateigentums pharisäerhaft, wenn nicht heuchlerisch in den Vordergrund zu stellen. Der erörterte Fall beweist, wie es in Wirklichkeit mit diesen scheinheiligen Grundsätzen steht, und daß ihre heftigsten Verfechter sie hemmungslos preisgeben, wenn es ihrem und ihrer Schichten Interesse entspricht.

„Spiel des Lebens“ von Knud Hamsun. (Schiller-Theater.)

Unermüdet ist das abenteuerliche, gelegene, in Welt und Umwelt und ausschweifende Talent Knud Hamsuns. Er ist der ungeheuer empfindsame Auffänger der Lebensalltäglichkeit. Aber er entdeckt das Geheimnisvolle des Gewöhnlichen und hebt es hinaus zu ewiger Bedeutung. Scheinbar unberührt vom sozialen Kampf, in Wirklichkeit aber mächtig erschüttert durch das Leid der armen Existenzen und durch das verzehrende Schicksal des erfolgreichen und verachteten Genies enthüllt und verkündet Hamsun alle Menschenwürde und jede Seelengröße. „Das Spiel des Lebens“ löst er und deutet er uns einmal friedlich wie ein Weiser und dann wieder mit zerschmetternder Leidenschaft. Doch bei allem bleibt er objektiv und predigt nicht etwa wie sein älterer Geistesbruder Leo Tolstoi, den Hamsun übrigens niemals liebte.

„Spiel des Lebens“, eines von seinen poetisch sehr minutiös gemalten, doch dramaturgisch und logisch scharf berechneten und nur der Inspiration folgenden Schauspielern, kam zustande wie das Tagebuch eines Wanderers durch den nördlichsten Norden. Der Wanderer trifft da ein paar Originale, die er träumerisch in seiner Phantasie ansiedelt. Vor allem ist Teresita da, die, wie ihr spanischer Name schon sagt, eher von der Südsonne als von der skandinavischen Ritterschiffen her zu sein scheint. Vier Liebhaber, die Teresita verbrachten, werden alle zerkniet, bis Teresita selber mit zerschollenem Herzen daliegt. Der Vagabund mit der verkommenen Wollust, der Mann mit dem großen Schwung ins Uebernatürliche, der Dämonische und endlich der Musikant. Dazu Teresitas Vater, der vor Geiz wahnsinnig wird, und irgendein Fabelwesen, ein Todegott oder Geistesweder oder ewiger Jude, der das ganze passionierte Narrtüm des Stückes an die Boshheit und den fanatischen Gerechtigkeitsinn der nur scheinbar oberflächlich waltenden Vorsehung erinnert.

Hamsun ist ein Mystiker. Aus dunkelsten Menschenkräften leitet er Glück und Unglück ab. Sein Schauspiel soll ein großes Drama der Ueberredung sein, nur die strömenden Worte sollen jederlei Einbildung und Gefühl erwecken. Das wird denn oft auch wunderbar. Weil Hamsun von der genialen Rivalität ist, die jedes Erbstaublein neu erschafft, gewinnt er die Hörer immer. Allerdings laufen die Begebenheiten zum Schluß auseinander, und auch die Fallstricke der psychologischen Logik lockern sich. Doch gerade die Weltausicht, die nicht großartig ausgestoffert wird durch abstrakte Gedanken, sondern nur ausgemalt durch winzigste Lebens Einzelheiten, dieser Horizont, auf den nur das Genie stoßen darf, ist rätselhaft, ist wunderbar.

Der Regisseur Gustav Hartung war bisher eigentlich, soweit man sein Werk in Berlin sehen konnte, ein Mann des Auges. Für dieses Drama der Worte erfindet er nun sehr häufig einen überraschenden Furor. Die Sätze, mit denen sich die leidenschaftlichen

Fortgang in Genf.

Vor der Einigung der Rheinbundmächte.

V. Sch. Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Zusammenkunft dauerte von 11—1 Uhr nachmittags, also 2½ Stunden. Es nahmen daran teil wie am Sonntag die Rheinbundmächte, vertreten diesmal durch Chamberlain, Luther und Strejmann, durch Paul Boncour und Coucheur (für den abwesenden Briand), Vandervelde und Scialoja.

Die Delegierten, die beim Weggehen mit Fragen beunruhigt wurden, wichen sorgfältig aus. Paul Boncour erklärte lediglich, daß die heutige Aussprache außerordentlich interessant gewesen sei, und ferner erfuhr man, daß die Verhandlungen heute nachmittags um 5 Uhr fortgesetzt werden, aber in anderer Form.

Es nehmen lediglich die zehn Mächte daran teil, die schon jetzt dem Völkerbundsrat angehören. Es ist also eine nichtoffizielle Sitzung des Völkerbundesrates; Deutschland bleibt ihr fern, ebenso Polen.

Diese Sitzung dürfte nicht nur mit Deutschlands Zustimmung stattfinden, sondern sogar auf eine deutsche Anregung zurückzuführen sein. Sie kann als eine Folge der deutschen Anteilnahme an den Verhandlungen angesehen werden, wonach es sich gegenwärtig nicht um einen Streitfall zwischen Deutschland und den Ratsmächten handelt, sondern um einen Streitfall unter den Mächten des Rates untereinander und daß zunächst eine Einigung unter den Ratsmächten erfolgen müsse, ehe Deutschland dazu definitive Stellung nehmen könne.

Zu den vielen Gerüchten, die heute vormittag in Genf im Umlauf waren, gehört auch die Behauptung, daß neuerdings Chamberlain imgefallen sei mit Rücksicht auf die Widerstände der englischen öffentlichen Meinung gegen jede Kaiserweiterung, und daß er nunmehr auch Spaniens Anspruch auf einen dauernden Ratsfuss preisgibt, obwohl gerade er es gewesen ist, der diesen Anspruch bis jetzt am eifrigsten vertreten hat und dadurch erst die heikle Situation entstanden sei, unter der nicht nur Deutschland, sondern ebenso sehr Frankreich und Polen zu leiden haben.

Briand morgen in Genf und Dienstag vor der Kammer

Paris, 10. März. (W.T.B.) Wie Havas berichtet, hat Briand heute früh beim Verlassen des Elgises erklärt, er werde noch heute oder spätestens am Donnerstag vormittag nach Genf abreisen, sein neues Kabinett werde sich wahrscheinlich am Dienstag kommender Woche nach seiner Rückkehr aus Genf dem Parlament vorstellen.

Neue Beamte beim Völkerbund.

Genf, 10. März. (W.T.B.) Der Budgetausschuß des Völkerbundes, der über die Erweiterung der Bureaus des Generalsekretariats und über die Neuschaffung verschiedener Stellen für Beamte deutscher Staatsangehörigkeit zu entscheiden hat, hat unter dem Vorsitz Loucheurs (Frankreich) nach einer Diskussion, in der Jusky (Tschechoslowakei) als Vorsitzender des Kontrollausschusses für die Finanzabteilung des Völkerbundes unter Anführung formaler Bedenken erklärt hatte, daß der Kontrollausschuß sich mit dem Zusatzbudget nicht befassen könne, beschloffen, den Kontrollausschuß zur Prüfung des Zusatzbudgets durch die Völkerbundsversammlung sofort ermächtigen zu lassen. (Sie tritt erst in einigen Tagen wieder zusammen. Red.) Das Zusatzbudget, das nach dem Vorschlag des Generalsekretärs insgesamt 1 264 300 Goldfranken für die Mehrausgabe im laufenden Rechnungsjahr vorsieht, sieht die

Schaffung von 20 größeren Posten und eines neuen Untergeneralsekretärs

vor. Es wird jedoch nicht gesagt, daß die neuen Posten alle durch deutsche Staatsangehörige besetzt werden sollen. Circa 300 000 Goldfranken entfallen auf die Gehälter der höheren Beamten einschließlich des Gehalts des Untergeneralsekretärs, der für 9 Monate des laufenden Rechnungsjahres etwa noch 65 000 Goldfranken beziehen soll. Rund 100 000 Goldfranken sind für untere Beamte und Bureaupersonal eingelegt. Unter den neu zu schaffenden Stellen befinden sich u. a. noch je eine Stelle in der politischen Abteilung, ferner in der Mandatsabteilung, in der Hygieneabteilung,

in der sozialen Abteilung und in der Wirtschafts- und Finanzabteilung. In der Informationsabteilung sollen 8 und in der Rechtsabteilung 7 neue Stellen geschaffen werden. Ein großer Teil des Zusatzbudgets entfällt auf Bureauanlagen und Verwaltungskosten und rund 275 000 Goldfranken sollen an das Internationale Arbeitsamt abgeführt werden.

Das neue Kabinett Briand.

Verchiebung nach rechts.

Paris, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Briand hat sein neues Kabinett gegen 2 Uhr morgens dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Nur drei Minister- und zwei Unterstaatssekretärsstellen haben neue Inhaber erhalten. Briand hat außer dem Finanzminister Doumer den Justizminister Reneau, den Innenminister Chauvins, und den Staatssekretär für die letzten Gebiete Chauvin, die sämtlich dem linken Flügel der Radikalsocialen Partei angehören, und die gegen die Doumer'schen Finanzpläne gestimmt hatten, ausgeschieden. Der Unterstaatsminister Daladier hat unter diesen Umständen den Eintritt in das neue Ministerium abgelehnt. Die ausscheidenden Minister wurden von Briand ersetzt durch Raoul Peret (Finanz), ferner durch den Präsidenten der Finanzkommission Malvy, ferner durch den Berichterstatter Lamoureux (Austereität).

Zu Unterstaatssekretären wurden neu ernannt: Senator Rostand von der demokratischen Linken für die Handelsmarine und Abg. Fallières (radikale Linke) für die Finanzen. Parteilosigkeit zeigt sich das neue Kabinett zusammen aus drei Mitgliedern der demokratischen Linken des Senats, zwei Radikalsocialen, drei republikanischen Sozialisten, einem unabhängigen Sozialisten (Caoul), zwei Mitgliedern der radikalen Linken und zwei Linkerepublikanern. In die Unterstaatssekretariate teilen sich ein Radikalsocialer, vier Mitglieder der radikalen Linken und zwei republikanische Sozialisten.

Wenn auch parteilosigkeit das neue Ministerium gegenüber seinem Vorgänger einschneidende Veränderungen nicht erfahren hat, so bedeutet doch das Ausscheiden der ausgesprochen Linker Daladier, Chauvins und Reneau eine weitere Verschiebung des Schwerepunkts nach den Mittelgruppen. Die Kartellpolitik hat dadurch eine neue Schwächung erfahren. Der „Quoslibet“ erhebt auch bereits gegen die Ausschiffung der Kartellminister Protest. „Wenn diese“, schreibt das Blatt, „auch durch Politik ersetzt worden sind, deren Namen allgemein Vertrauen einflößen, so ist doch der Unterchied der, daß die von Briand ausgeschickten Minister jederzeit mit ausdrücklicher Zustimmung ihrer Partei in das Kabinett eingetreten sind, was bei ihren Nachfolgern nicht der Fall ist.“

Ein indirektes Vertrauensvotum.

Paris, 10. März. (Havas.) Briand hat gestern abend den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Senats dringend ersucht, diesen Ausschuß unverzüglich einzuberufen, bevor er wieder nach Genf fährt. Der Vorsitzende hat Briand geantwortet, eine neue Diskussion sei unnötig, da Briand ja bezüglich der Abmachungen von Locarno in der vorigen Woche eine gleichsam einstimmige Billigung gefunden habe.

Rumänischer Großkampstag.

Massenaufgebot von Militär zur Parlamentsöffnung.

Bukarest, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Unter großem Militäraufgebot ist am Dienstag das Parlament wieder eröffnet worden. Nicht nur das Gebäude war militärisch besetzt, auch in den Wandelgängen des Parlaments und auf den Tribünen des Sitzungssaals waren überall Gendarmereiposten verteilt. Die Regierung hatte diese Maßnahme getroffen, um die Opposition einzuschüchtern, da sie angesichts der innerpolitischen Spannung infolge der Wahlniederlage der Regierungspartei bei den Gemeindevahlen neue Zusammenstöße zwischen Regierungsmehrheit und Opposition befürchtete. Auch in der Stadt war überall viel Militär aufgebaut.

Menschen bekämpfen, werden gewaltig gehetzt. Das wirkt oft hinreichend und schön.

Agnes Straub spielte die Teresita, sie spielte ein wenig zu tragisch, es mangelte ihr die Heiligkeit der Frau, die schließlich doch irgendwie über vier sehr verschiedene Männer Siegerin bleibt. Diese Frau, übrigens ein Uebungsstück Hamsuns, ist nicht nur wehleidige Trägerin der Trübsal und Hingabe, sie ist auch ein hochbegabtes Mannweib, allerdings ausgestattet mit zahlreichen Reizen. Und Frau Straub zeigte nicht die Stärke des Kopfes. Karl Ebert spielte den Philosophen, Erwin Faber den dämonischen Liebhaber. Und beide, sie und da entgleist, weil sie einer allzu süßlichen Theatralik dienen mußten, die nur auf pollebete Technik des Sprechens und Bewegung Anspruch erhob, erwiesen sich als leicht lenkbare moderne Schauspieler. Max Hochdorf.

Mascagni gegen die Jazzmusik.

Pietro Mascagni wurde in Rom von einem Vertreter der „Tribuna“ über allerlei musikalische Probleme befragt. Unter anderem auch über seine Stellung zur Jazzmusik. Der Maestro erwiderte entrüstet: „Im Gotteswillen, sprechen Sie nicht von dieser Scheußlichkeit. Man behauptet, daß die Jazzband-Musik von den Negern zu uns gekommen sei. Das ist ein großer Irrtum, der den Negern bitter unrecht tut. Ich selbst habe vor etwa zwanzig Jahren eine große Zahl von Volksliedern und Tanzweisen der Negern gesammelt, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß hier ein wahrhaft wertvolles künstlerisches Material unbenutzt brachliegt. Vielleicht werde ich schließlich doch noch meine Absicht ausführen, eine Sinfonie nach Original-Rezepten zu schreiben, nur um die Musik einer Rasse, die mir zu unrecht so gering einschätzen, zu Ehren zu bringen. Wenn ich eine Jazzbandkapelle mit ihrer höflichen, modernen, brutalen Värmacherel höre, so erleide ich geradezu körperliche Qualen; wie furchtbar ist der Mann, der das Sargophon bläst und sich die erdenkliche Mühe gibt, die Leute der niedrigsten Tiergattungen nachzuahmen! Und wie skandalös benehmen sich die Paare, die zu dieser unqualifizierbaren Musik tanzen! Statt die unnatürlichen Bewegungen auszuführen, wie sie dieser nichtmenschlichen, vorgebildeten Reclamemusik entsprechen würden, gefallen sie sich darin, im nachdenklichen, kopfhängerischen Leichenschritt dahinzutrotten. Je verrückter und wilder sich das Orchester gebärdet, desto strenger und ernster wird das Tempo der Tänzer, die im Schritt einer Trauerparade den Saal durchschreiten. Glauben Sie mir, man wird zu Strauß zurückkehren, der gewiß kein Gedankenmusiker wie Beethoven war, der aber gewissenhaft und mit hohem künstlerischen Ernst mit seinem Pfund zu wuchern verstand, das Gott ihm verliehen hat. Mit anderen Worten, er hat stete Tanzmusik geschrieben, in der die sinnige Sehnsucht, der Liebreiz und der Farbenslang sich zu unergleichlicher Harmonie verbinden.“

Denkliche Symphonie. Oberkammerkeller: hält für die Humboldt-Hochschule Freitag, 8 Uhr, in der Aula des Werner-Elemens-Realschulnaßmanns, Bodenkaufentstraße 47/48, einen Vortrag über „Atmosphäre“ mit Vorlesungen der Anna-Hermann-Schule.

Volksbegehren.

Aus alter Wunde steigt ein dunkler Schmerz in das von Fieberhigen müde Hirn. Rasloses Hämmern jagt durch Puls und Herz und legt sich zentnerschwer auf meine Stirn. Erschöpft sit' ich in atemlosem Ruh'.

Im Geist seh' ich herbstgoldne Balkanberge — Da fühl' ich jäh der Augen Bitterkeit. Zu Wachsen reich's mich hoch und neuem Leid! Mit unangbarem Jörn denk ich der Zwerg, Verworfener, Vergewaltigter des Erdreichs!

Es hält mich nicht in meinen Krankenbetten, mühselig geh ich — dreistes Lurecht mindern, vielleicht — mit einer Stimme Recht zu reiten und dieser tränenschwere Not zu lindern ... Und du, Gefunder, was tust du?

R. R.

Theaterspiel, das blutiger Ernst wurde. Dieser Tage erhielt bei einer Aufführung der „Balküre“ in der Metropolitan-Oper zu New York Michael Bohnen im Zweikampf mit dem Darsteller des Sigmund, Laubenthal, eine nicht unerhebliche Verwundung, die zur Unterbrechung der Vorstellung zwang. Fast gleichzeitig wurde in Tours bei einer „Carmen“-Aufführung die Darstellerin der Titelrolle in der letzten Szene von dem allzu realistisch spielenden José glücklicherweise nur leicht verwundet. Ähnliche Fälle sind in der Theatergeschichte durchaus nicht selten. So hatte beispielsweise der berühmte englische Schauspieler Mac Ready bei einer Aufführung des „Macbeth“ seinen unglücklichen Kollegen, der die Titelrolle darstellte, so unglücklich getroffen, daß er auf der Stelle starb. Garrick, der klassische Schafspeere-Darsteller der englischen Bühne, pflegte sich als Othello in die Rolle des Mörders so hineinzuversenken, daß schließlich keine Schauspielerin mehr das Risiko eingehen wollte, mit dem berühmten Schauspieler zusammen zu spielen. Denn Garrick geriet in der Szene im Schlafgemach so in Raserei, daß er seine Desdemona tatsächlich würgte. Der französische Schauspieler Baron starb ebenfalls an einer auf der Bühne erlittenen Verwundung, als er beim Parieren des Degenstoßes von Don Gormaz in der Aufführung des „Ed“ blindlings in den vorgehaltenen Degen hineinstieß. Aber die Geschichte hat auch Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit aufzuweisen. So ver wundete im Jahre 1913 in New York Geraldine Farrar bei einer Aufführung der „Tosca“ den schuftigen Scarpia, glücklicherweise nur leicht. In Frankreich wurde im Jahre 1898 der berühmte Raunet-Gaulle bei einer Aufführung von Macheiras „Märtyrer“ um ein Haar ein Opfer der Rolle, weil er allzu fest ans Kreuz geschnürt worden war. In Prag erinnert man sich heute noch des aufsehenerregenden Abends, als die dort geführte Schauspielerin Benoni in der Schlußszene von „Romeo und Julia“ sich den Dolch so heftig in die Brust stieß, daß sie nur mit knapper Not gerettet werden konnte.

Troß — Hochschulpromotor? Nach einer Meldung aus Woskau hat Troß einen Ruf als Professor für Journalismus an die Moskauer Hochschule angenommen.

Dr. Curtius' Programm.

Erklärungen des Wirtschaftsministers vor dem Haushaltsausschuss.

Die letzten beiden Sitzungen des Reichshaushaltsausschusses wurden durch die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums ausgefüllt. Der Berichterstatter, Log. von Raumer (D.F.P.) wies in seinem Bericht auf die Wichtigkeit der Aufgaben des Ministeriums hin, insbesondere mit Bezug auf die Vorbereitung der Handelsverträge. Der Mitberichterstatter, Genosse Robert Schmidt lehnte die von anderen Seiten empfohlene Zusammenlegung mit dem Arbeitsministerium ab. Dagegen müsse das Branntweinmonopol nicht im Finanzministerium, sondern im Wirtschaftsministerium bearbeitet werden. Gen. Schmidt bat um Auskunft über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen insbesondere mit Frankreich und Spanien. Siehe man, wie es stets geschehe, zu diesen Verhandlungen Vertreter der Industrie hinzu, so müssten unbedingt auch Arbeitervertreter gehört werden, denn es handle sich dabei um weitgehende Arbeiterinteressen. Große Probleme böte die Kohlenwirtschaft, die Bewertung der Kohle und ihre Ausfuhr in andere Brenn- und Betriebsstoffe. Er frage, wie weit diese Versuche, die doch mit Reichsmitteln unterstützt würden, gediehen seien. Wie stehe es mit der Möglichkeit einer Verbilligung des Kali und der Baumaterialien, die ungeheure Preissteigerungen erfahren hätten, ohne daß die Kohlenpreise dafür verantwortlich gemacht werden könnten. Die Kartellverordnung biete dem Minister die Möglichkeit, hier sehr energisch auf die Kartelle zu drücken, damit solche Konsumturpreise verschwinden.

Im Verlauf der Debatte, in der Redner aller Parteien das Wort ergriffen, erklärte Genosse Dr. Hüfner: Wir befinden uns nun schon seit sechs Monaten in der schwersten Wirtschaftskrise, und noch sei bei weitem nicht alles geschehen, was nötig gewesen wäre. Das Ministerium sei offenbar der Ansicht, daß es sich um eine Reinigungs- und Abwehrkrisis handle, deren Ablauf man möglichst wenig hindern solle. Nach seiner Auffassung sei die Krise zu kompliziert, um sie mit einem Wort zu kennzeichnen. Es handle sich auch um eine internationale Krise, so bei der Schwere und der Kohlenindustrie, und diese sei mit nur deutschen Mitteln nicht zu bekämpfen. Der zweite Faktor sei die Kreditkrise.

Die Reichsbank müsse sich durch die Kreditpolitik die Führung auf dem Geldmarkt sichern.

Ihr Diskont sei nach Möglichkeit zu ermäßigen. Gesetze seien in dieser Richtung versprochen, aber noch nicht eingebracht. Die Exportförderung, die angeblich sei, sei eine Politik auf lange Sicht, bei der es auf 1/2 oder 1 Proz. nicht ankommen dürfte. Das Bauprogramm der Regierung sei immer noch in der Schwebe. Es müsse in größerem Umfang gebaut werden. Die Hauszinssteuer allein genüge nicht zur Ausbringung der erforderlichen ersten Hypotheken. Möglichkeiten zur Kreditbeschaffung böten sich schon heute. Das Reich müsse durch Ausgabe von Schatzanweisungen, die für drei bis fünf Jahre laufen, große Mittel mobilisieren. Auch eine rationelle Bauweise sei sehr wichtig. Ein Abbau des Arbeitsministeriums dürfe nicht erfolgen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde das ein Abbau der Sozialpolitik gleichkommen. Ob das Ernährungsministerium jetzt schon mit dem Wirtschaftsministerium verbunden werden könne, erscheine bei der Agrarkrise zweifelhaft. Die Folgen der schlechteren Agrarpolitik zeigten sich in der Verschlechterung unserer Wirtschaftslage. Die Fertigstellung des autonomen Zolltarifs sei nicht so wichtig wie der Abschluß von Handelsverträgen, vor allem mit Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei. Die Sozialdemokratie halte am Grundgeden der Weisheitsbegünstigung fest, trotz der anderen französischen Handelspolitik. Das Problem der Kartelle erfordere eine Erweiterung der Kartellordnung.

Ein Kartellausschuss sei zu schaffen, das alle Verträge prüft und bei Verletzung der Allgemeininteressen Klagen vor dem Kartellgericht anhängig machen könne.

Sonst werde der ganze Preisabbau nur weiße Seife bleiben.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius beantwortete ausführlich die an ihn gestellten Fragen. Der Abbau in seinem Ministerium sei zu radikal gewesen. Nachdem das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium abgespalten war, betrug die Kopialzahl des Ministeriums 829, heute beträgt sie 342. Die Ein- und Ausfuhraufgaben seien allerdings inzwischen abgebaut, aber an deren Stelle ist die starke Belastung durch die Handelsverträge getreten. Müß der Wirtschaftsnot ist auch den binnenwirtschaftlichen Aufgaben erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, so auf dem Gebiete der Kreditpolitik, des Kartellwesens usw. Alle Kräfte sind bis auf die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit angespannt. Sie reichen nicht aus, um die Aufgaben der unmittelbaren und der weiteren Zukunft sachgemäß zu lösen.

Von Delegationen zu den Vorbereitungen der Handelsverträge möchte er nach Möglichkeit ganz absehen. Wenn solche aber notwendig seien, müsse auch die Zustellung von Arbeitervertretern ermöglicht werden. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich haben schon zu weitgehenden Uebereinstimmungen geführt, wenn auch noch große Positionen offenstehen. Was die Verhandlungen mit Spanien anlangt, so habe die spanische Delegation die ausführlichen Vorschläge der deutschen Delegation bisher noch nicht beantwortet. Bezüglich der Verhandlungen mit Polen müsse er betonen, daß die Urfragen für die ungenügenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bei der polnischen Regierung liegen. Er hoffe jedoch, daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Polen noch im Laufe dieses Monats erfolgen werde.

Zur Frage des Bauprogramms und der Baupreispreise erklärte der Minister, daß zwischen seinem Ministerium und dem Arbeitsministerium keine reformmäßigen Bedenken vorhanden seien. Man müsse versuchen, so rasch wie möglich aus der Wohnungszwangswirtschaft herauszukommen und zu diesem Zweck die Mietzinsen langsam steigern. Die Bautätigkeit müsse so sehr wie nur irgendmöglich gefördert werden. Aus der Hauszinssteuer stünden in diesem Jahre für diese Zwecke etwa 700 Millionen zur Verfügung. Er glaube nicht, daß der Baupreis über diesen Betrag und die Mittel der privaten freien Bautätigkeit hinaus noch weitere Beträge konsumieren könne. Ueber 200 000 Wohnungen hinzuzugehen, erscheine ihm nicht möglich. Zum Schluß zitierte der Minister verschiedene Sätze aus der Einleitung der Denkschrift des A.D.G.B. über die Gemeinshaftarbeit und schloß mit der Bemerkung, daß es sein Bestreben sein werde, im Sinne dieser Ausführungen mit allen Wirtschaftszweigen und Berufsständen zusammenzuarbeiten.

Konflikt bei der Knappschaffsberatung. Zerreißung der einheitlichen Sozialversicherung.

In der Mittwochssitzung des Sozialen Ausschusses des Reichstags kam es bei der Berberatung der Knappschaffsnotwendigkeit zu heftigen Zusammenstößen der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien. Der Zentrumsabgeordnete Imbusch hatte unter der begeisterten Zustimmung des deutschnationalen Zentrumspräsidenten Leopold den Antrag gestellt, die bisher einheitliche Krankenkasse der Knappschaffs künftig für die Arbeiter und die Angehörigen in zwei völlig getrennte Organisationen zu zerreißen, nachdem die bürgerlichen Parteien schon einige Tage vorher die Zulassung der Ersatzkassen beschlossen hatten.

Die Redner der Sozialdemokratie Aufhäuser, Siebel, Hoch und Janschet wärmten eindringlich davor, den letzten Rest einer einheitlichen Sozialversicherung in Deutschland,

Der Fortgang des Volksbegehrens.

Berliner Propaganda-Erlebnisse.

Nicht von den Erlebnissen bei der Verteilung von Flugblättern, bei Umzügen oder bei den überfüllten Massenversammlungen gegen den Raubzug der abgesetzten Potentaten soll hier berichtet werden. Ich will erzählen von den kleinen Idemeeuren, die ich hatte, von Erfahrungen, die ich sammelte beim Friseur, in der Kneipe, in der Untergrundbahn oder wo immer die Möglichkeit besteht, individuell einzuwirken auf den lieben Mitbürger und die liebe Mitbürgerin.

Gewiß ist es interessant und belehrend, sich mit Gesinnungsgenossen über die Aussichten vom Volksbegehren und Volkssenscheid zu unterhalten. Viel wichtiger aber ist es, die Säumigen, Gleichgültigen und Unerschrockenen aufzurufen und Segner zu bekehren. Kommt da am Sonntagabend meine Zimmerwirtin, eine sanftmütige, aber in politischen Fragen herzlich unbelehrte Handwerkerfrau, zu mir und zeigt mir ausgeregt ein Zeitungsblatt, das ihr in die Wohnung gesteckt ist. „Wenn das wahr ist, was da drinnen steht,“ sagt sie, „dann kann man sich doch nicht einzeichnen. Wenn die Einzeichnung geplatzt ist, heißt es, dann kommt der Bolschewismus mit Mord und Brand, und wir werden aus der Wohnung gejagt.“ Und während sie sich in Gedanken mit zerfetzten Röcken und zerrissenen Kleidern auf der Straße sieht, überreicht sie mir eine Propagandanummer des „Aufrechten“. In wohlgelegter Rede lege ich los, mache meiner guten Wirtin klar, daß von „Bolschewismus“ gar nicht die Rede sei, und schildere ihr an Beispielen die Habgier der Fürsten. Und ich berichte ihr, daß es sich bei dem sogenannten „Aufrechten“ um Offiziere und Junker handelt, die durch Wiederherstellung der Fürstenmacht nur selber wieder ans Ruder kommen wollen. „Und, liebe Frau Schütz, wollen Sie vielleicht Ihren Mann noch einmal in den Schützengraben ziehen lassen?“ Am Montag hat meine Wirtin sich eingezeichnet.

Beim Friseur! Thema: Die Fürstenabfindung. Ein ganz Kluger meint: „So schlimm ist die Sache gar nicht. Die Fürsten würden sich ja verhalten machen, wenn sie die vielen Millionen und alle die Schlösser und Güter einstecken würden. Die werden von allein verzehrt.“ Na, da habe ich vom Leder gemogelt. Der fürstliche Menschenhandel im 18. Jahrhundert schien dem behaglichen Spielzeug etwas „weit hergeholt“ zu sein oder nach „alten Kamellen“ zu riechen. Die Schilderung des Ankaufs von Neubabelsberg, Fladow-Krojanke und anderem Großgrundbesitz durch die hochherrschaftlichen Wilhelm der Letzte oder mit seinen Publikationen in englischen Blättern und mit dem Pathé-Film, der englische Herzog von Koburg, die montenegrinische Kronprinzessin und die Mätressen des Strelitzers schlugen im hohen Bogen auch bei ihm dem Tode den Boden aus. Er wird sich eintragen!

Oft ist die Gleichgültigkeit ungeheuer. In einer Kneipe traf ich zwei alte Jungfern, die noch nicht ein einziges Mal gewählt haben. Hier zog eine sachliche Darstellung der verschiedenen Sorten von Aufwertung. Sie zeichnen sich ein!

Unaufhörlich, bei jeder Gelegenheit muß diese Propaganda getrieben werden.

Selbstverständlich halten heute weder Käse noch Käse die Massen davon ab, ihrer republikanischen Pflicht zur Eintragung für das Volksbegehren zu genügen. Der persönliche Augenschein beweist die Zuversicht des Volkes auf den Ausgang des Volksbegehrens ebenso wie die amtlichen Zahlen die günstigen Ergebnisse, die bis jetzt zu verzeichnen sind, darunter. Man diskutiert sie überall: in den Einzelzeichnungslokalen ebenso wie auf der Straße, beim Einkauf, im Heim. Auf dem Potsdamer Platz entstand gestern abend beinahe eine Verkehrsstörung: hier, wo die Wölfskinder ihre Domäne haben, entbrannte ein kleiner Krieg zwischen rechts und links, veranlaßt durch die goldleuchtende Wunderschrift über dem Café Jolly: „Tragt euch ein zum Volksbegehren!“ Wer denken kann und gerecht empfindet, folgt der stummen Mahnung, wenn auch die Potsdämischen im Chor ihr „Wehe!“ schrien und mit den Hieben drohen, die sie selbst verdienen.

In einer Einzelzeichnungsstelle in Baumschulenweg verläuft das Einzelzeichnungsverfahren des großen Ansturms wegen nach einer sehr empfehlenswerten Methode, die den Beamten ihre Tätigkeit sehr erleichtert. Im Vorräume des

Sofals sitzen unsere Genossen mit den Wohlthäten ihrer Bezirke und geben nach Freistellung der Zugehörigkeit den Abstimmenden eine Nummer mit, die dem Beamten das zeitraubende Nachschlagen erspart. Da zugleich die Eintragung in der Wählerliste der Partei vermerkt wird, ist der nun bald einkehrende Schlepperdienst leicht zu organisieren. In einzelnen Bezirken Baumtschulenwegs ist schon eine Wahlbeteiligung bis über 40 Proz. zu verzeichnen.

Eine Höchstleistung der Lügenlust.

Im Oranienburger „Generalanzeiger“ vom 10. März befindet sich eine Notiz, die die Eintragung in die Listen zum Volksbegehren zum Gegenstand hat. In dieser Notiz wird erklärt, daß bei der Redaktion fortgesetzt Zuschriften eingingen, die über die Auslegungstermine der Einzelzeichnungslisten Auskunft begehren. In dieser Notiz heißt es: Wir wollen aber ihren Inhalt dahin zusammenfassen, daß die Frist zur Eintragung noch bis zum 22. März läuft, daß die Eintragung im Rathaus stattfindet und daß zur Eintragung niemand verpflichtet ist. Es ist unstattdigste Journalistenübung, wenn sie ihren Abonnenten direkte Unwahrheiten zur Kenntnis bringt. Die Redaktion des Oranienburger „Generalanzeigers“ wird genau wie jede andere Redaktion wissen, daß der Termin für das Volksbegehren vom 4. bis zum 17. März festgelegt ist. Diese Durchführung der Leiter des Oranienburger „Generalanzeigers“ dürfte ihren Ursprung darin finden, daß sie voll Wut den Ansturm der begehrenden Bevölkerungskreise sieht. Alle indirekte Sabotage wird nichts helfen, die Oranienburger werden ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen.

Die Frauen an der Arbeit.

In der Anla Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln haben gestern die Frauen ihre Berbetätigung für das Volksbegehren fortgesetzt. Schon in den Einzelzeichnungslokalen konnte an allen Tagen eine sehr rege Tätigkeit der Frauen beobachtet werden. Unter den Berbetätigungsteilnehmern waren viele, die nicht den Reihen der Partei angehörten. Die Genossin Gertrud Hanna wies in lebhaften Ausführungen, die von der Berbetätigung rege verfolgt wurden, die schamlosen Ansprüche der Fürsten zurück. Den Arbeitslosen werden auf dem Lande sogar Hühner weggenommen, wenn sie Unterstützung erhalten wollen. Die Arbeiterjugend umrahmte die prächtige Veranstaltung mit Rezitationen und Gesang.

In einer stark überfüllten Berbetätigung, die in Lichtenberg in der Schulaula Marktstraße stattfand, sprach die Reichstagsabgeordnete Genossin Wurm. Sie wandte sich in erster Linie an die Frauen und wies darauf hin, daß die Frauen zum ersten Male, seitdem ihnen politische Rechte zugewiesen seien, auch politisch zu handeln hätten und daß sie sich würdig zeigen müßten der politischen Rechte, die ihnen durch die sozialistischen Parteien erlangt wären. Diese Rechte besäßen sie nicht, wenn die Fürsten bloß noch die Herrschaft hätten. Der Kampf der Fürsten sei nicht bloß ein Kampf um ihr Eigentum, sondern ein Kampf um die Staatsform. Dem Ausland zu erzählen, daß wir nicht in der Lage seien, die uns auferlegten Lasten zu tragen. Unsere Kinder schicken wir auf Ferien zu ausländischen Gastgebern und den Fürsten sollen wir die Forderungen bewilligen, die sie an uns stellen. Das wäre der reine Hohn. Starker Beifall beehrte die trefflichen Ausführungen der Rednerin.

Der Saal konnte den Ansturm der Frauen Baumschulenwegs kaum fassen. Viele Frauen sagten, was wieder die steten Mahnungen an sie rechtfertigt, sie wären zum ersten Male in einer politischen Berbetätigung. Es wurde so voll, daß die Männer draußen bleiben mußten. Genossin Minna Lodenhagen ging vom Gedächtnisunterricht aus, der uns so falsche Begriffe eingebläut hat, und den jetzt der Landbund mit Erfolg wieder anwendet. Auf dem Lande wird auf einem Flugblatt Wilhelm tatsächlich als armer Hühnerfresser gezeigt! Bismarck ist nicht über juristische Zwirnsäden gestolpert, als er seine Kollegen entzeichnete, und wie würde Macchiavelli, der Lehrer der Tyrannen, lachen, daß man dem politischen Gegner Mittel zum Kampf geben will. Die Rednerin ging dann näher auf die Ansprüche der „Fürstlichen“ ein, die sich zum Teil auf die Einkünfte berufen, die aus dem Untertanen- und Totenschacher an England fließen. Ein Rechtsanwalts Stüppelberg aus Babel aber verlangt gar 436 M. jährlich für seine Frau, die als Freiwild von Breitenbach Einkünfte aus Jagden und sonstigen „Gerechtigkeiten“ bezog. Ein Freiherr Schenk von Schweinsberg begründet (es ist zum Kinderkrieger) seinen Anspruch auf 850 M. Rente damit, daß er von jedem „Brauuhuhn“, das in seiner Gemeinde geschlachtet wurde, eine Abgabe zu bekommen hatte. Die lächerlichsten Abmachungen aus der Wiener Bundesakte von 1815 werden zitiert, um dem Volke auch den letzten Groschen zu rauben. Die Berbetätigung unterbrach die Referentin oft mit stürmischem Beifall.

Wieder Unterschlagungen in einem Bezirksamt.

Verunterzungen von Unterschlagungen für Bedürftige.

Beim Bezirksamt Kreuzberg ist man neuerdings wiederum Unterschlagungen auf die Spur gekommen, die diesmal das Unterstützungsamt betreffen. Als ehrenamtlicher Wohlfahrtskommissar war hier der kaufmännische Vertreter Dürrenhoff tätig, dem die Auszahlung der laufenden Rente und der Sonderzuweisungen an bedürftige Einwohner des Bezirksamts Kreuzberg oblag. Erst jetzt hat man nun entdeckt, daß D. mindestens ein Jahr hindurch diese Beträge nicht ordnungsmäßig an die betreffenden Personen abgeführt, sondern sich größere oder kleinere Abzüge für seine eigene Tasche gemacht hat. Insgesamt dürfte sich die Summe der veruntreuten Gelder auf etwa 3000 M. belaufen. Diese Ziffer bedeutet erfreulicherweise keinen allzu großen Schaden, doch ist zu berücksichtigen, daß die Unterschlagungen zum Nachteil von Kleinrentnern, Witwen und Unterstützungsbedürftigen verübt worden sind. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die von Kriminaloberinspektor Klinghammer geleitet werden, dauern zurzeit noch an. Es scheint, daß Dürrenhoff, der, wie nochmals betont werden muß, kein Beamter war, diese Verfehlungen aus einer gewissen Notlage heraus begangen hat.

Orkan in Hamburg.

Sturmfluten an der Nordseeküste.

Die Hamburger Seewarte gab gestern abend erneut Sturmwarnungen heraus und kündigte Nordweststurm an. Nachdem am gestrigen Nachmittag die Windstärke bereits eine Geschwindigkeit von 22 Metern in der Sekunde erreicht hatte, sprang der Sturm am Abend plötzlich von Südwest nach Nordwest um und fleg in Böen auf reichlich 31 Metern in der Sekunde (gleich 11,6 Kilometer in der Stunde). Infolge der Sturmfluten wurde die Hamburger Feuerweh von verschiedenen Seiten zu Hilfeleistungen in Anspruch genommen. So wurde sie nach dem Hauptbahnhof gerufen, dessen Mitteldeck von 200 Quadratmetern Ausdehnung vom Sturm aufgefressen worden war. In anderen Straßen hat der Sturm die Starkstromleitung der Straßenbahn beschädigt, ein Gerüst umgeworfen, das Dach eines Neubaus abgedeckt, einen Schornstein umgeweht, sowie zahlreiche Bäume geknickt.

In der Schleswig-holsteinischen Nordseeküste und in dem Gebiet der Elbe, Weser- und Emsmündung ist das Wasser stark gestiegen, so daß heute mit Sturmfluten zu rechnen ist. Bei schwachem Sturm ist der deutsche Dampfer „Roma“ vor vier Meilen westlich vom Weiserfeuerfisch in Seenot geraten. Der Schleppdampfer „Seejante“ bemüht sich, das Schiff einzubringen.

Der neue Eugen Richter.

Endlich verfügt der deutsche Reichstag wieder über einen Staatskritiker und Finanzpolitiker vom Schlage Eugen Richters. Wer ist der generelle Beherrscher des finanzpolitischen Zahlenmeeres? Die deutschnationalen Presse sagt es uns. In einer Reichstagsübersicht der „Süddeutschen Zeitung“ steht zu lesen:

Der deutschnationalen Dr. Oberjohren läßt sich nicht betören. Er sitzt seit vier Jahren im Finanz- und Steueraussschuß und ist in dieser Zeit auf seinem Gebiet ein Fachmann geworden, wie es im alten Staate allenfalls nach der Affessor o. D. Eugen Richter war. So läßt man diesem Oberjohren kein I für ein II vor.

Wie man sich doch in den Menschen täuschen kann. Der Steuer- und Finanzminister des Reichstages hätte bisher immer nur die Unbeholfenheit seines Vorstehenden Oberjohren, der bei den Abstimmungen oft nicht wußte, worum es sich handelte, zu bewundern Gelegenheit. Daß in diesem Oberjohren sich ein Eugen Richter verborge, hatte niemand geahnt. Aber danken wir dem gütigen Geschick, daß es uns dieses neue Finanzgenie besichert hat.

Ablehnung des Hochbahnangebots.

Wie wie kurz vor Schluß des Blattes vom Nachrichtenamt des Magistrats erfahren, hat die gemischte Deputation der Stadterordnetenversammlung das von uns bereits mitgeteilte Angebot der Hochbahngesellschaft abgelehnt.

Mord und Selbstmord.

Eine Liebestragödie in Neufölln.

Eine Liebestragödie ereignete sich heute morgen in dem Hause Friedelstr. 39 in Neufölln. Eine 32 Jahre alte Witwe Frieda Fehner, deren Mann als Landwehrsoldat im Weltkrieg gefallen ist, wohnte mit ihrer Mutter zusammen im ersten Stock. Vor geraumer Zeit lernte sie einen 25 Jahre alten Buchhalter Bruno Jarneki aus Wlbershof kennen und verliebte sich in ihn. Gestern abend ging das Paar aus und kehrte erst in später Stunde zurück und übernachtete in dem Schlafzimmer der Witwe. Heute früh um 7 1/2 Uhr hörte die Mutter aus dem Schlafzimmer einen Knall, dachte aber nicht an einen Schuß, glaubte vielmehr, daß etwas umgefallen sei. Als sie halb darauf nach der Küche ging, knallte es wieder. Jetzt ging sie in das Schlafzimmer und fand ihre Tochter und den jungen Mann in ihrem Blut in den Betten liegen. Als die alarmierte Polizei des 213. Reviers eintraf, waren beide bereits tot. Jarneki hatte Frau Fehner mit der Pistole ihres verstorbenen Mannes in die linke Schläfe geschossen und sich ein wenig später durch einen Kopfschuß ebenfalls getötet. Nach einem Unterschiedes gegen eine eheliche Verbindung gewesen zu sein. Daß die Witwe freiwillig gemeinsam mit ihm in den Tod gegangen ist, wird nicht angezweifelt. Es ist auch nicht wahrscheinlich, denn Frau Fehner war sehr lebenslustig und hat niemals Äußerungen fallen lassen, die auf einen freiwilligen Tod schließen ließen. Vermutlich hat Jarneki gefürchtet, sie zu verlieren, weil er die Ehe ausgeschlossen hielt und sie wider ihren Willen in den Tod mitgenommen.

Großfeuer in Tegel.

Ein Großfeuer beschäftigte gestern nacht die Feuerwehren von Tegel und Umgebung sowie zwei Jüge der Berliner Berufsfeuerwehr mehrere Stunden lang in der Brunowstraße 49, wo der Dachstuhl des Vorderhauses in ganzer und der des Seitensüßels in halber Ausdehnung in Flammen stand. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten: Gegen 1 Uhr nachts erkündete in Tegel Feueralarm. In den Bodenkammern des Hauses Brunowstraße 49 war Feuer ausgebrochen, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und den gesamten Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen setzte. Nach ganz kurzer Zeit rückten die freiwilligen Feuerwehren aus Tegel, Tegelort, Waldmannslust, Hermsdorf, Heiligensee, die Berufsfeuerwehr Wittenau und die Jüge 23 und 24 der Berliner Berufsfeuerwehr an die Brandstelle. Es wurde sofort aus sieben Rohren Wasser gegeben. Der Hauptangriff erfolgte vom Treppenhause aus. Weiterhin erfolgte die Bekämpfung von den Dachern der angrenzenden Nachbargebäude und von zwei mechanischen Leitern aus. Der zeitweise artanartig wütende Sturm erschwerte die Löscharbeit sehr und darauf ist auch größtenteils das Liebergraben auf den Seitensüßel zurückzuführen. Nach 1/3 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist vollständig niedergebrannt, ebenso ist der Dachstuhl des Seitensüßels fast vernichtet. Die oberen Wohnungen haben naturgemäß stark unter Wasserbeschaden gelitten. In einigen Stellen sind die Decken durchgebrannt. Der Zug 23 weilt noch bis gegen 5 Uhr morgens an der Brandstelle, um zusammen mit der freiwilligen Feuerwehr Tegel, die bis gegen 7 Uhr morgens dort weilte, die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen. Der durch das Feuer angerichtete Schaden ist sehr hoch und wird auf etwa 30 000 bis 40 000 Goldmark beziffert. Die Entstehungsursache konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden, doch neigt man zu der Vermutung, daß fehlerhafte Brandstiftung vorliegt.

Freiligrath-Morgenseier im Deutschen Theater.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Anlaß der 50-jährigen Wiederkehr des Todesjahres Ferdinand Freiligraths am 18. März am kommenden Sonntag, den 14. März, vormittags 11 1/2 Uhr, eine Freiligrath-Morgenseier. Professor Max Reinhardt hat in liebenswürdigster Weise das Deutsche Theater zur Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Ihre Mitwirkung zum Vortrag von Freiligrath- und Zeitgedichten haben Elisabeth Berger, Rosa Balletti und Alfred Becker zugesagt. Eintrittskarten sind im Sekretariat des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Sebastianstr. 37/38, erhältlich.

Eine Gedenksfeier für Eugen Richter fand auf dem Luisenstädtischen Friedhofe heute vormittag an seinem Grabe aus Anlaß seines 20-jährigen Todesjahres statt. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei legte im Namen der gesamten Partei und der Berliner Ortsgruppe zwei Kränze nieder und der demokratische Reichstagsabgeordnete Staatssekretär a. D. Oscar Meyer hielt eine kurze Gedenkrede.

Die Frühjahrsjugendweibe der Groß-Berliner Arbeiterkass für Charlottenburg findet am Sonntag, den 28. März, vormittags 11 Uhr, im Staatlichen Schiller-Theater statt. Eintrittskarten à 0,75 M. und für Kinder 0,40 M. sind im Zigarngeschäft des Genossen Schmidt, Rosinenstr. 4, am Volkshaus, bei den Abteilungsleitern und an der Tageskasse erhältlich.

Die Geisteskranken in Berlin ist in andauerndem Steigen begriffen und beträgt zurzeit 11 000 Personen. In den Groß-Berliner Anstalten sind etwa 6200 Betten verfügbar, zu denen noch etwa 4800 in den von der Provinz Brandenburg zur Verfügung gestellten Heilanstalten kommen.

Für Erwerbslose. Um den Erwerbslosen, die nicht in der Lage sind, irgendein Theater, Konzert usw. besuchen zu können, einen Ausweg zu verschaffen, wird die Sopranistin der Staatsoper, Frau Gertrud Bindernagel am 26. März d. J. im großen Saal der Philharmonie einen Wiederabend veranstalten, zu dem Professor Walter Waldenhauer seine Mitwirkung am Flügel zugesagt hat. In diesem Abend haben ausschließlich nur Erwerbslose Zutritt. Die Verteilung der Karten erfolgt durch die Ausgabestelle des Landes-Arbeitsamts, Berlin SW., Riederwallstraße 12. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Eintritt, Programme und Garderobenabgabe ohne irgendeine Zahlung erfolgt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 19. Wkt. Das Material ist schließlich vom Genossen Riefer abgeholt.
- 22. Wkt. Steglitz. Heute ist Jahlabend in den bekannten Lokalen und nicht Mitgl. Versammlung.
- 100. Wkt. Kubow. Heute, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger, Vondelstraße 71; Jahlabend.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Verwaltungsbezirk XI der Stadt Berlin (Schönberg-Friedenau)

Am Donnerstag, den 18. März 1933, abends 7 Uhr, findet im Kaiserhof Berlin-Schöneberg, Brunowstraße 30 pl., eine außerordentliche Ausschuß-Sitzung statt mit folgender Tagesordnung:

1. Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsanfänger, 2. Satzungsänderungen, 3. Rassenangelegenheiten.

19.10.1933
Berlin-Schöneberg, den 10. März 1933
Der Vorstand:
U. Schuldt, Prof. Fritz Gomb. Schriftf.

Städtische Bauwerksschule Berlin
W 35, Kurfürstenstr. 141

Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.
Semesterbeginn: Mittwoch, 7. April 1933
Anmeldungen: Täglich v. 8 bis 4 Uhr
im Bureau, — Teleph. Magistral 39

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. 502. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6325, 6326

Filliale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Platzburg 9331

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Gewerkschaftsbewegung

Die Personaländerungen in der Vereinigung.

Brauweiler kommt, Meißinger bleibt.

Zu den Personalveränderungen in der Geschäftsführung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die bekanntlich auf Grund der Untersuchungsergebnisse des Fememord-ausschusses vorgenommen worden ist, wird uns von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

Herr Dr. Tänzler und Herr von Zengen haben dem Druck der Verhältnisse weichen müssen und sind aus der Geschäftsführung der Vereinigung ausgeschieden. Über Herr Meißinger, der Hauptschuldige, hat es mit großem Geschick verstanden, sich aus der Affäre zu ziehen und ist die Treppe hinaufgefallen. Er ist die rechte Hand des an die Stelle von Dr. Tänzler tretenden ehemaligen Regierungspräsidenten Brauweiler geworden, der wegen seiner reaktionären Haltung aus dem Amt scheiden mußte und wohl deshalb für die Vereinigung der rechte Mann ist.

Meißinger ist bekanntlich der Verfasser der „Attenotiz“, die er über vertrauliche Besprechungen mit dem Reichsarbeitsministerium ausgegeben hatte. Ebenso ist Meißinger in die Affäre „Erdmann“

Metallarbeiter! Besucht die Wahlkörperversammlungen!

verwickelt. Der Verleger Erdmann stand bekanntlich im Solde der Vereinigung. Manuskripte, die vertrauensvolle Verfasser zur Drucklegung an den Verlag schickten, wurden von Erdmann Herrn Meißinger zugewendet. Dieser nahm entsprechende „Korrekturen“ vor. Meißinger nahm verschiedentlich an großen Gelagen teil, die auf Kosten der Vereinigung in der Zehlendorfer Villa des Herrn Erdmann stattfanden. Beim Prozeß Schubert — Kassierer der Vereinigung, der rund 6000 M. unterschlagen hat — stellte sich heraus, daß Meißinger in die Tausende gehende Vorschüsse von der Vereinigung erhalten hat.

Man muß sich unwillkürlich fragen: Wie kann die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände einen solchen Mann an maßgebender Stelle halten? Sollte Herr Meißinger etwa zu viel wissen? Oder hielt man Meißinger für besonders geeignet, gerade wegen seiner Vergangenheit? Jedenfalls sind die Personaländerungen in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bezeichnend für den Geist, der dort herrscht. Es ist der Geist bewußt antirepublikanischen Rückwärtertums, das nicht gemildert wird durch die moralische Schlamperei.

Das Ergebnis der Holzarbeiterwahlen.

Jesse Amerdamer Mehrheit.

Das genaue Verhältnis der Vertreter zur Generalversammlung der Berliner Dissoziation des Deutschen Holzarbeiterverbandes steht noch nicht fest und dürfte erst in ein bis zwei Tagen ermittelt werden. Voraussichtlich wird die Amerdamer Richtung 180 bis 190 Vertreter haben, die kommunistische „Opposition“ 130 bis 140. Es ist also mit einer festen Mehrheit von mindestens 40 Stimmen zu rechnen.

Über das Stimmverhältnis im Vergleich zu den letzten und den vorletzten Wahlen ist zunächst zu bemerken, daß im vorigen Jahre 11 933 Stimmen abgegeben wurden, während diesmal nur 10 525 Mitglieder zur Wahl gingen. Dieser Rückgang von über 1400 Stimmen ist wesentlich auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Viele Mitglieder, besonders die älteren, hatten es versäumt, ihre arbeitslosen Wochen abstemplen zu lassen und, obwohl wahlberechtigt, gingen sie dadurch ihres Stimmrechts verlustig. So beträgt bei den Klavierarbeitern allein, die meist ältere Arbeiter sind, der Stimmenrückgang rund 700.

Dieses allerdings sehr bedauerliche Versäumnis gerade vieler alter Gewerkschaftsmitglieder, die den Jungen mit gutem Beispiel vorangehen müßten, hat sich zu unseren Ungunsten ausgewirkt. Während die Stimmzahl der kommunistischen Opposition stabil blieb, tragen wir den Rückgang der Wahlbeteiligung. Diese Erfahrung muß ausgenutzt werden.

Die Kommunisten haben freilich keinerlei Ursache, Jubelstürmen anzujubeln. Trotz der für sie viel günstigeren Situation, konnten sie keine Fortschritte machen. Während sie vor zwei Jahren, als die Situation ähnlich wie bei den diesjährigen Wahlen war, 200 Stimmen mehr als unsere Genossen erhielten, blieben sie diesmal mit über 800 Stimmen in der Minderheit. Und so eine günstige Situation wie in diesem Jahre werden sie nicht wieder haben.

Die tarifschonen Buchdruckereibesitzer.

Um den Tarif der Transportarbeiter.

Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer hatte am 3. November vorigen Jahres das Lohnabkommen für die Buchdrucktransportarbeiter zum 1. Januar dieses Jahres gekündigt. Da die Unternehmer weder den Grund der Kündigung, noch einen Verhandlungstermin mitteilten, erjuchte der Verkehrsband als zuständige Interessenvertretung der Buchdruckereiarbeiter um Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Lohnvertrages. Er erhielt darauf die in einem Sach zusammengefaßte Antwort, daß beim Verein Berliner Buchdruckereibesitzer die Absicht, einen neuen Lohnvertrag abzuschließen, nicht besteht. Auf ein nochmaliges Schreiben erfolgte fast die gleiche Antwort, so daß nunmehr der Verkehrsband den Schlichtungsausschuß anrief.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 1. März spielten die Unternehmer pöflich eine andere Rolle. Nachdem sie den Lohnvertrag form- und fristgemäß gekündigt und weiter mitgeteilt hatten, daß sie einen Neubeschluß nicht wünschten, bestritten sie plötzlich, daß überhaupt ein Lohnvertrag bestanden hätte? Sonderbarerweise setzte daraufhin der Schlichtungsausschuß die Verhandlung aus und beauftragte den Verkehrsband, erst eine Abschrift des Tarifvertrages vorzulegen. Diese Stellungnahme ist um so unverständlicher, als der Verkehrsband nur in seiner Beschwerde an den Schlichtungsausschuß auf den seit Jahren bestehenden Lohnvertrag Bezug nahm, in seinem Antrag aber verlangte, der Schlichtungsausschuß wolle durch Schiedsspruch das Zustandekommen einer tarifvertraglichen Regelung der

Lohnverhältnisse dieser Gruppe ermöglichen. Der Schlichtungsausschuß hätte also, ob ein Lohnvertrag bestanden hat oder nicht, beide Pöhlen festlegen können.

Der Verkehrsband hat nun nochmals beim Schlichtungsausschuß Verhandlungen beantragt, die am 15. März stattfinden sollen. Eine Verammlung der Buchdruckereiarbeiter nahm am Montag im „Alexandiner“ zu diesem Anlaß teil der Unternehmer, dessen treibender Geist die Firma Scherl ist, Stellung und beauftragte die Organisation, mit allen Mitteln auf den Neubeschluß eines Lohnvertrages hinzuwirken.

Metalltransportarbeiter.

Unter guter Beteiligung trat am Sonntag in den Residenzsaal die Sektion 5 des Deutschen Verkehrsbandes zu ihrer ersten Delegiertenversammlung zusammen. Sektionsleiter Frank und Bezirksbevollmächtigter Dr. Mann begrüßten die Delegierten und wünschten ihnen Arbeiten unter der neuen Zusammensetzung besten Erfolgs. Aus den Ergebnissen der bisherigen Wahlen sind 650 Delegierte als stimmberechtigt hervorgegangen. Eine größere Anzahl Vertreterwahlen steht noch aus. Wenn das Reglement volle Beachtung findet, dann wird die Delegiertenversammlung mit Einschluß der Sektionsfunktionäre 1500 Teilnehmer aufweisen. Das Delegiertenfest wird die gewerkschaftliche Störfkraft wesentlich fördern. Ein instruktives Referat über „Wirtschaftslage und Lohnstand“ fand ungeteilte Aufnahme. Von allen Diskussionsrednern wurde auf die verschärfte Wirtschaftskrise und auf die sich daraus ergebenden Gefahren des Lohnrückdrucks verwiesen. Beabsichtigte Lohnverschlechterungen sollen unter Anwendung aller gewerkschaftlicher Machtmittel abgewehrt werden.

An die unorganisierten Transportarbeiter der Berliner Metallbetriebe ergoht von den Versammelten der Ruf, die gewerkschaftliche Einheit zu stärken, indem sie Mitglieder des Verbandes werden. Die Versammlung bot einen durchaus günstigen Eindruck, der auf gute Zusammenarbeit schließen läßt.

Treffende Flugblattverbreitung.

Vor den Betrieben des Groß-Berliner Einzelhandels werden vierseitige Flugblätter mit der Uberschrift: „Angestelltenstimme“ verteilt. Die Verteiler erklären auf Befragen, daß sie im Auftrage des Zentralverbandes der Angestellten tätig sind. Der Inhalt der Flugblätter ist, soweit er sachliche Dinge enthält, Angaben entnommen, die die Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten in Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten gemacht haben. Der Verfasser schmückt sich also mit fremden Federn. Die Notwendigkeit für die Verbreitung einer derartigen Flugblätter liegt auch darum nicht vor, weil der Zentralverband der Angestellten selbst in einer großen Anzahl von Veröffentlichungen alle die Angestellten interessierenden Fragen behandelt.

Die Angabe des Verfassers und der Druckanstalt sowie die gesamte Aufmachung lassen zweifellos erkennen, daß es sich um eine Agitation der kommunistischen Partei handelt.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Lohnruck oder Aussperrung.

Senftenberg, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Durch Aushang vom 3. März hat die Werksleitung der Grube „Glückauf“ ihren Arbeitern die bestehenden Löhne gekündigt und einen Aushang über neue Löhne gemacht, der um durchschnittlich 12 Prozent niedriger ist als der gegenwärtig gezahlte Lohn. Zwei Belegschaftsversammlungen am 8. März lehnten den Lohnabzug gegen 5 Stimmen ab. Als Antwort auf diesen Beschluß hat die Werksleitung am gleichen Tage folgenden Aushang gemacht: „In Abänderung unserer Kundgebung an die Belegschaft vom 3. d. M. kündigen wir hiermit unserer gesamten Belegschaft mit Wirkung vom 16. März d. J. Wir sind aber bereit, alle diejenigen Belegschaftsmitglieder mit Wirkung vom 17. März 1933 ab wieder einzustellen, welche gewillt sind, die Arbeit zu den neuen Arbeitsbedingungen (siehe aushängende Lohnliste vom 1. März) wieder aufzunehmen.“ Von der Aussperrung werden 420 Bergarbeiter betroffen. Wer sich dem Lohnruck nicht fügt, der scheidet proklamieren die Grubenherren.

Im rheinisch-westfälischen Baugetriebe.

Essen, 9. März. (W.B.) Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ erfährt, ist von den vereinigten Arbeitgeberverbänden des Bergwerkes von Rheinland und Westfalen beschloffen worden, die augenblicklichen Löhne der Bauarbeiter zum 31. März zu kündigen. Es soll ein Abbau der Löhne ab 1. April gefordert werden. (Natürlich!)

Die Sperre von Jaulh und Schwefeln aufgehoben! Am 7. Dezember traten die Arbeitnehmer der Firma Walter Faulh. Pianomechanikfabrik, in den Streik. Im Verlauf des Kampfes ist der Betrieb von Streikbrechern besetzt worden, so daß die Streikenden beschloffen, den Kampf mit Wirkung vom 1. März abzubauen, um sich zwecks anderweitiger Vermittlung im Arbeitsnachweis eintragen zu lassen. Mit diesem Beschluß sind die Kampfaktionen gegen diese Firma eingestellt. Die gegen die Firma Schwefeln, Halensee, verhängte Sperre wird hiermit gleichfalls aufgehoben und steht einer etwaigen Arbeitsaufnahme in diesem Betriebe nichts im Wege.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Der Fleischermeister Hugelmann, Schererstraße 8, dessen Laden für organisierte Arbeiter gesperrt ist, versucht jetzt die nicht mehr genügend eingehenden Gelder seiner Arbeiterkassette auf eine andere Art und Weise zu ergattern. In der Wedding-Halle verkaufen jetzt die Standinhaber Koch und Herrmann Würstwaren, die Herr Hugelmann in der Schererstraße nicht mehr loswerden kann. In der Ackerstraße sind es die Würststände von Walter Lüdke, Marie Peter, Otto Schönbrunn, Anna Bittermann und Willi Dürre, die Würstwaren der gesperrten Firma verkaufen. Die Würstwarengeschäfte von Künzel, Pantstraße 48, und Josef Brzemei, Remeler Str. 30, beziehen ebenfalls von Hugelmann den größten Teil ihrer Würstwaren. Ob die Genannten durch den Bezug und Verkauf von Hugelmannscher Würst von den Konkurrenten nicht als die gleichen Brüder mit den gleichen Kappen angesehen werden, wird sich ja in den nächsten Tagen zeigen.

Die Kommission der erwerbslosen Fleischergehilfen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Arns Seltruss; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöner; Neuigkeiten: Dr. John Schönewald; Lokales und Sonstiges: Weis Karstadt; Anzeigen: Ed. Glöde; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kauf Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Zur Einsegnung!

ist eine von mir gekaufte Armband- oder Taschen-Uhr das praktischste Geschenk

Gold-Damen-Armband-Uhr 565 gest. Mk. 38,50
Silb. " " " " " " " " 11,90 an

Herrn-Armband- u. Taschen-Uhren 1. ed. Preisliste

Herm. Wiese, Berlin N., Artilleriestr. 30
Nähe Oranienburger Tor

Garantie auf jede bei mir gekaufte Uhr

Fritz Penning
Königsplatz, Nordostseite 33
das billigste Bezugsquell für
Zug- und
Wasserpfeife jenseit Club

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32, Trepp.
Versand nach auswärts franco.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.

Borräfig
in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Besonders wertvoll sind die **LEBENS ERINNERUNGEN** an die **Reichstags-Sessionen** **billig!**
in „Vorwärts“ und anderen Vertriebsstellen